

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend die selbstbewusste inhaltliche Positionierung auf EU-Ebene

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, auf EU-Ebene für folgende inhaltliche Positionierung einzustehen:

- Rückkehr zur Grundintention der EU als Wirtschaftsgemeinschaft und Friedensprojekt
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken und gleichzeitig Österreichs Neutralität wahren
- Strikte und effiziente Migrationspolitik und verstärkter Außengrenzschutz zur Wahrung der europäischen Identität
- Neugestaltung des Schengen-Systems
- Keine Kürzungen von Mitteln für die ländliche Entwicklung und faire Bedingungen in der Landwirtschaft
- Erreichen der Klimaziele durch Technologieoffenheit und Innovation, statt Verbote und Überregulierung
- Kein Verbrenner-Verbot für Autos innerhalb der EU
- Rückkehr zur Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und Beendigung der unsachgemäßen Bevorzugung von Verordnungen gegenüber dem Rechtsinstrument der Richtlinie und verstärkte Nutzung von „Sunset-Legislation“

Begründung

Der Grundgedanke, dass die EU-Bürger durch eine Wirtschaftsgemeinschaft Wohlstand in Sicherheit aufbauen können, wird durch einschränkende und einseitige Maßnahmen der EU zunehmend erschwert. Durch Überregulierung und eine fortwährende Aufweichung des Subsidiaritätsprinzips herrscht in unserem Land große EU-Skepsis. Wobei die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in den letzten 30 Jahren zahlreiche Vorteile und Verbesserungen gebracht hat. So lagen beispielsweise die österreichischen Warenexporte zum Zeitpunkt des EU-Beitritts 1995 bei nur 37 Milliarden Euro. 2023 hingegen erzielte Österreich einen Exportrekord von Produkten und Dienstleistungen „Made in Austria“ mit 201 Milliarden Euro, damit liegt Österreich weltweit an achter

Stelle der Pro-Kopf-Exporte. Mit einem Anteil von 27% an Österreichs Exporten profitiert besonders Oberösterreich von der Mitgliedschaft in der EU.

Durch intensive Eingriffe in nationalstaatliche Angelegenheiten, eine überbordende Bürokratie und dem Drang nach Überregulierung und innovationsfeindlicher Technologieverslossenheit schadet man jedoch der globalen Wettbewerbsfähigkeit und verliert die Bevölkerung am Weg zur Erreichung essentieller Ziele.

Die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament bietet die Chance auf neue inhaltliche Weichenstellung und eine Refokussierung auf die richtigen Wege zur Zielerreichung in der EU, was gerade für Oberösterreich, seine Industrie, seine Innovationskraft durch die vielen Klein- und Mittelbetriebe sowie die familiär betriebene landwirtschaftliche Struktur, essentiell sein wird.

Die Europäische Union ist als Friedensprojekt eine Erfolgsgeschichte. Die Abgeordneten des oberösterreichischen Landtags bekennen sich zu einem gemeinsamen Europa.

Es ist klar, dass es Reformen braucht, aber es ist auch klar, dass Reformen nur von innen heraus passieren können. Eine selbstbewusste inhaltliche Positionierung unseres Staates auf EU-Ebene zur Wahrung von Sicherheit, Wohlstand und Wirtschaft ist notwendig, um die europäische Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben.

Linz, am 13. Mai 2024

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, S. Binder, Klinger, Handlos, Graf, Schießl, Dim, Hofmann, Gruber, Kroiß, Fischer

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Mader, Mühlbacher, Gneißl, Raffelsberger, Scheiblberger, Zehetmair, Angerlehner